

Gleicher Lohn für gleiche Leiharbeit

TARIFE Gewerkschaften feiern Einigung in Stahlindustrie als Durchbruch. Zeitarbeitsbranche reagiert empört.

HALLE/MZ/RT/STH/HAK - Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Im ersten wichtigen Tarifabschluss nach der Wirtschaftskrise hat die Gewerkschaft IG Metall nicht nur 3,6 Prozent mehr Geld für die westdeutschen Stahlarbeiter durchgesetzt. Sie hat auch erreicht, dass Leiharbeiter ab 2011 den gleichen Lohn wie Stammbeschäftigte erhalten müssen.

Durch die "Fairness-Garantie für Leiharbeiter" sei man auf dem Weg, mit "Arbeitsverhältnissen zweiter Klasse überall Schluss zu machen", hieß es bei der IG Metall. Nun sei die Politik gefordert. Die Vizechefin der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, Margret Mönig-Raane, sagte: "Das ist ein überaus wichtiges Signal. Die Politik sollte dieses Signal aufgreifen und durch eine gesetzliche Regelung für eine Gleichbehandlung aller Leiharbeiter in allen Branchen sorgen." Die IG Bau sprach von einem "wegweisenden Tarifabschluss". Auch die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) sieht den Gesetzgeber gefordert - unterschiedliche Entgelte seien "Gift für den Betriebsfrieden".

Nach Ansicht des Wirtschaftsforschers Karl Brenke vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin wird die Leiharbeit von vielen Firmen zunehmend genutzt, um Stammpersonal zu ersetzen. "Dem wird mit einem solchen Tarifabschluss ein Riegel vorgeschoben", so Brenke. Die Leiharbeit sei dafür gedacht, dass Firmen bei Auftragsspitzen schnell und flexibel neue Mitarbeiter bekommen. Leiharbeiter dürften dafür auch teurer sein. Die Unternehmen müssen nicht nur die Leiharbeiter bezahlen, sondern auch eine Pauschale an die Zeitarbeitsfirma. Brenke geht davon aus, dass das neue Modell auch in anderen Bereichen der Metall- und Elektroindustrie tragfähig ist.

Das sieht die Branche etwa in Sachsen-Anhalt anders: "Die Metallindustrie ist sehr heterogen und im Land klein- und mittelständisch geprägt", sagte der Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Metall- und Elektroindustrie, Matthias Menger. Der jetzige Tarifabschluss sei den Besonderheiten der Stahlindustrie geschuldet. Empört reagierte der Bundesverband Zeitarbeit (BZA): "Der Abschluss ist nicht akzeptabel", erklärte BZA-Vizepräsident Thomas Bäumer. Es handle sich um einen "Vertrag zu Lasten Dritter". Deshalb bezweifle er, dass das Abkommen einer rechtlichen Prüfung standhalte. Der BZA lehnt das Prinzip gleicher Entlohnung ab.

Unterdessen ist in Deutschland die Zahl der Jobsuchenden im September überraschend deutlich gesunken - auf nur noch knapp über drei Millionen. In Sachsen-Anhalt ging die Zahl der Erwerbslosen im Vergleich zum August um 6 300 auf 138 300 zurück, im Vergleich zum Vorjahresmonat sogar um 19 000.